

Roland Benedikter, Forschungsprofessor für Politische Soziologie am Europa Zentrum der Stanford Universität, im Gespräch mit Victor Faessel, Programmdirektor des Orfalea Zentrums für Globale und Internationale Studien der Universität von Kalifornien in Santa Barbara, Generalsekretär des Weltkonsortiums für Globale Studien und Mitherausgeber der 4-bändigen SAGE-Enzyklopädie für Globale Studien

Benedikter: Die Vereinigten Staaten von Amerika und Europa haben aufgrund ihrer Geschichte unterschiedliche politische Ausgangssituationen und Agenden. Was aus europäischer Perspektive oft vergessen wird, ist die Tatsache, dass die USA aus Gruppen entstanden sind, die vom alten Kontinent verstoßen wurden: Demokraten und Liberale, Aufklärer, Freimaurer, strenggläubig Religiöse, Abenteurer. Diese breite und oft in sich polarisierte Mischung hat das Selbstverständnis des neuen Kontinents geprägt, ebenso wie der Mythos von den grenzenlosen Chancen und der geopolitischen Unangreifbarkeit.

Faessel: Ja.

Benedikter: Aber der Mythos der Unangreifbarkeit ist seit dem Angriff auf das World Trade Center erschüttert; ebenso wie der Mythos von der Grenzenlosigkeit der Chancen durch die Wirtschaftskrisen und den damit verbundenen „Tod des amerikanischen Traums“ für die Mittelklasse erschüttert wurde. Seit 2001 hat vielmehr eine ideologische Polarisierung zwischen Republikanern und Demokraten eingesetzt, die diesen Traum zunehmend zu torpedieren scheint, und die im Präsidentenwahlkampf 2012 offenbar einen Höhepunkt erreicht. Umgekehrt ist Europa auf einem Weg von der Zersplitterung zur Vereinigung, geboren aus den politischen Wirren der Weltkriege und des wirt-

schaftlichen Druckes. Immer mehr Europäer wissen: Europa ist unvermeidlich, wenn seine Einzelstaaten nicht gegenüber dem Aufstieg größerer geopolitischer Räume wie China oder Südamerika ins dritte Glied absteigen wollen. Daraus entsteht eine grundlegend neue Dynamik zwischen Amerika und Europa, in die auch das Aufstreben neuer, nicht-westlicher Mächte mit ins Kalkül gezogen werden muss.

Faessel: Ja, diese Gesamtentwicklung sehe ich auch.

Benedikter: Die daraus für den Westen als Ganzen resultierende politische und kulturelle Dynamik der Gegenwart ergibt bestimmte kulturpsychologische Entwicklungslinien und Probleme. Unter ihnen fällt derzeit eine besonders auf: Der US-Präsidentenwahlkampf 2012 verstärkt die ideologische Auseinandersetzung zwischen Republikanern und Demokraten, und damit die Binnendialektik des wichtigsten demokratischen Landes der Welt. Er mobilisiert sowohl Konservative wie Progressive in einen neuen Weltanschauungskampf. In diesem Kampf scheint es weniger um die Lösung von Sachfragen oder um die Zukunft des Landes, als vielmehr um politische Grundsatzphilosophien und ihre taktische, temporäre Durchsetzung um jeden Preis zu gehen – und zwar unabhängig vom Gemeinwohl der Gesellschaft. Was heute vor sich geht, scheint

für viele eine Art „Neudefinition“ Amerikas zu sein – vom Land der „Mutigen und Gleichen“ zum Land der „Schlauhen und Ungleichen“. Das bedeutet: zum Land der „Wenigen gegen die Vielen“, und zum Land der „1% Reichsten gegen die 99% Anderen“. Sind die USA des Jahres 2012 auf dem Weg in eine gespaltene Gesellschaft?

Faessel: „Neudefinition Amerikas“ ist vielleicht ein zu starker Ausdruck für das, was innerhalb der USA heute vorgeht. Man könnte sagen, dass der Kernpunkt der gegenwärtigen innenpolitischen Debatte im Hinblick auf die Wahl vom November 2012 in der Frage besteht, wie ein bedrohter „Amerikanischer Traum“ weiterhin zu gewährleisten und mittelfristig abzusichern ist. Was immer die politische Rechte, also der rechte Flügel der republikanischen Partei, tut, um ihre Wahljahr-Vision für das ökonomische und soziale Leben des Landes gegen Barack Obama zuzuspitzen und populistisch unter die Leute zu bringen: Diese Version wird in einem deutlich erkennbaren Maß mit der existierenden, grundlegenden Meta-Erzählung des Landes harmonieren müssen – oder präziser gesagt mit der konservativen Version dieser Meta-Erzählung, also dem „Amerikanischen Traum“. Der „Amerikanische Traum“ ist eine der grundlegenden Geschichten Amerikas; er ist ihr übergeordnetes „Meta-Narrativ“. Politiker müssen immer den Eindruck erwecken, dass sie diese Geschichte wachrufen, ihr anhängen und sie verteidigen, wenn sie breiten Anklang erreichen oder behalten wollen. Das ist für die heutigen Konservativen nicht anders als für die heutigen Progressiven.

Benedikter: Was aber geschieht im heutigen Amerika mit diesem „Meta-Narrativ“, das im Kern lautet: Jeder kann sich seinen

„Amerikanischen Traum“ von Wohlstand, Sicherheit und Anerkennung verwirklichen, wenn er nur hart genug dafür arbeitet? Ist diese „Erzählung“ nach den Finanz- und Wirtschaftskrisen 2007-2010, der Schuldenkrise seit 2009 und der von ihnen blockierten Entwicklung des Mittelstandes überhaupt noch in breiterem Maß gültig?

Faessel: Die US-Mittelklasse, für mehr als ein Jahrhundert die soziale Grundgesteinschicht des „Amerikanischen Traums“, ist heute in der Tat ernsthaft unter Druck. Die Rechte muss daher im Wahlkampf strategisch versuchen, eine Perspektive zu artikulieren, die über die schwierigen Zeiten hinweg auf die „Wiederherstellung“ eines „verlorenen“ Status quo hinarbeitet. In ihrer Version beinhaltet dies individuelle Verantwortlichkeit, Initiative und eine schlanke Regierung, die das freie unternehmerische Individuum in Ruhe lassen sollte; christliche Religion und Moral ist dabei mehr oder weniger die „fundamentalistische“ Würze. Die heutige republikanische Partei verteidigt dabei immer – obwohl meist indirekt oder sogar stillschweigend – die Reichen, und zwar aus der Sichtweise heraus, dass es immer das Recht jedes Amerikaners gewesen sei, frei, ohne institutionelle Beschränkungen, nach Reichtum zu streben, und dass deshalb diejenigen, die Reichtum gewinnen, indem sie zumindest nominell das größere ökonomische Risiko tragen, dafür nicht benachteiligt werden dürfen, weil darin eben immer die Größe des Landes gelegen hat. Diesem letzten Punkt stimmen die meisten Amerikaner fast immer zu – bewusst oder unbewusst. Aber seit dem Finanzkollaps 2007-2008, bei dem spekulative Investitionen und Bankpraktiken sich als Ursache des ökonomischen Zusammenbruchs des Landes erwiesen haben, steht diese

generelle Akzeptanz unter neuer, sehr viel kritischerer Prüfung.

Benedikter: In Zentraleuropa wurde seit den totalitären Erfahrungen der Geschichte des 20. Jahrhunderts eine strikte Trennung von Ideologie, Mythologie und Realpolitik forciert. Doch wenn man die Logik der heutigen öffentlichen Debatte in den USA ansieht, muss man sich fragen: Gibt es überhaupt Politik ohne strukturierende Geschichten, ohne identitätsstiftende Imaginationen und ihren – aufgrund ihrer Natur faktisch unvermeidlichen – Kampf zwischen „linken“ (säkularen) und „rechten“ (neo-religiösen) Geschichten? Wird sich also die – zumindest in Begriffen politischer Korrektheit – umfassende Säkularisierung des Politischen in der internationalen Entwicklungskonstellation halten lassen? Die USA scheinen derzeit etwas anderes anzuzeigen.

Faessel: Ja, in der Tat. Seit längerem ist ein Rückgriff auf traditionelle soziale Selbstidentitäten zu beobachten, auf Religion, Nation – allerdings nicht nur in den USA, aber auch in diesen.

Benedikter: Ich meine damit dies: Im Rahmen der allgemeinen ideologischen Polarisierung spielen politische und kulturelle Mythen erneut eine große, wenn nicht gar bestimmende Rolle. Amerika scheint sich inmitten einer umfassenden Re-Mythologisierung von Politik und Gesellschaft zu befinden – nicht zuletzt durch den Einfluss der Tea Party, die Mythen gezielt dazu benutzt, um Freund und Feind zu scheiden. Der Glaube an die Wahrheit von Geschichten macht aus ihrer Sicht jeden offenen Dialog unnötig. Wer den von ihnen anerkannten Mythos „wahren Amerikanertums“ ontologisch, das heißt in einem naiven Realismus als unhinterfragbare Wirklichkeit auffasst, ist „gut“; alle anderen

abtrünnig oder gar „böse“. Im Wesentlichen scheint der politische Diskurs der Rechten in den USA heute tatsächlich so einfach strukturiert – und zwar nicht nur der ungebildeten Proletarier der Tea Party, sondern auch des Establishments und mancher der wenigen noch öffentlich sichtbaren republikanischen Intellektuellen.

Faessel: Zweifellos, wobei wie gesagt „Re-Mythologisierung“ ein ebenso problematischer wie (produktiv) ambivalenter Begriff bleibt. Die Situation ist, vielleicht gerade aufgrund dieser offenbar ebenso parteipolitischen wie kulturpsychologischen Tendenz zur Vereinfachung, komplex – sowohl bezogen auf die Gegenwart wie auf die Geschichte der USA, die bekanntlich (wie es auch bei anderen Zivilisationen und Nationen der Fall ist) aus einer Myriade von Mythologemen und Fakten gestrickt ist, welche sich oft gegenseitig widersprechen.

Benedikter: Inwiefern?

Faessel: Amerikaner haben eine Zeit lang über eine Gesellschaft der „haves and have nots“, der Wohlhabenden und Habenichtse gesprochen. In der Tat ist das ein ehrwürdiger, bildlicher Ausdruck, der besonders in Zeiten schwerer wirtschaftlicher Bedrängnis oder während Gipfelphasen sogenannter Blütezeiten in den Vordergrund rückt – darunter auch die Gegenwart als Zeit, in der die Schamlosigkeit ökonomischer Ungleichheit und politischer Korruption durch Geldinteressen so augenscheinlich wird, dass er tiefen moralischen Widerwillen in einem breiten sozialen Spektrum hervorruft. Man könnte dies der Kraft des Mythos vom „Amerikanischen Traum“ selbst zuschreiben, weil laut diesem Mythos ein fairer Anteil an Wohlstand und Prosperität für alle aus eigener Kraft erreichbar sein sollte. Dem

entgegengesetzt zeigen die letzten Jahrzehnte eine deutliche Schwächung der Erwerbskraft der Mittelklassen im Verhältnis zu den Spitzeneinkommen. Das Problem ist zwar seit dem Zusammenbruch 2008 akut geworden. Aber erst im Rahmen der Wahlkampfdebatte beginnt dieser Diskurs über die „Zwei-Klassen-Gesellschaft“ eine reale Stütze in den Medien zu bekommen und wird nach und nach zum Gegenstand einer breiteren Grundsatze debatte.

Benedikter: Auf welche Weise?

Faessel: Bis zu einem gewissen Grad wurde der Aufstieg dieser Debatte zunächst befördert durch die Auseinandersetzung zwischen dem republikanischen (von der Tea Party unterstützten) Gouverneur des Staates Wisconsin und einem großen Teil der Angestellten seines öffentlichen Dienstes seit Frühjahr 2011. Der Gouverneur wollte die Tarifautonomie der Gewerkschaften abschaffen, um Ausgabenkürzungen durchzusetzen. Die Debatte wurde aber zweitens auch befördert durch die landesweit seit September 2011 rasch wachsende „Besetzt-die-Wall-Street“ („Occupy-Wall-Street“)-Bewegung. Wie immer sich diese Bewegung entwickeln wird – die lebhaften öffentlichen Aktivitäten überall im Land scheinen fürs erste durch umstrittene Polizeiaktionen eingedämmt worden zu sein –: Die Präsidentschaftswahldebatte 2012 gewinnt durch sie Konturen. Aspekte wie Steuern, spekulative Banken-Praktiken, Konzerneinfluss in Washington und Demokratie in der Wirtschaft stehen heute in den USA in einem Maße auf der Tagesordnung, wie das seit langer Zeit nicht der Fall war.

Benedikter: Welche Mythen wirken heute im Innern der Republikanischen Partei? Man hat den Eindruck einer seit dem

Ende des kalten Krieges beispiellosen Verengung und Ent-Dialogisierung – auf Kosten der Diskursrationalität. Man hat den Eindruck: „Kompromisslos“ ist das neue Zauberwort, mit dem die republikanische Partei punkten will. Ich fürchte: Zum Nachteil der Nation und des Gemeinwohls.

Faessel: „Kompromisslos“ ist in der Tat das passende Wort, weil die Tea Party und andere rechte Republikaner sich auf eine Ideologie von „Prinzipien“ berufen, die grundsätzlich alle Kompromisse für ein Zeichen für Schwäche, liberale „Weichheit“, Opportunismus oder Unmoral hält. Damit ist jeder Kompromiss heute für einen (aus Tea Party Sicht) „soliden“ Konservativen ein Tabu. Der Hintergrund ist, dass die Konservativen glauben, die einzige Wahrheit und die einzig richtigen anständigen Werte zu haben. Nur sie sehen, was auf lange Sicht gut ist für das Land, die andere Seite ist degeneriert und ihre laxen Moralität ist verantwortlich für alle Nöte des Landes. Und deshalb ist die Sicht der Rechten, die die heutige republikanische Partei dominieren, dass Kompromisse mit der demokratischen Partei zu schließen bedeutet, nicht nur einzelne, sondern alle Werte preiszugeben. Nur auf diese Weise kann ein Teil des konservativen Amerika eine politische Strategie unterstützen, die darin besteht, neun Monate lang nichts als „Nein“ zu sagen. Diese Blockadestrategie scheint für viele Republikaner die gültige Form der „Kompromisslosigkeit“ zu sein.

Benedikter: Ist diese Haltung Ernst gemeint, oder ist sie nur strategische Fassade? Mit anderen Worten: Glauben denn die Republikaner selbst an die idealistische Gültigkeit ihrer Kompromisslosigkeit?

Faessel: Natürlich muss man auch als Republikaner kein Zyniker sein, um zu sehen, dass viele der Vorschläge von Präsident Obama: Ausbau von nachhaltigen Energiequellen und -technologien, Reform der Immigrationsgesetze, selbst Aspekte der Reform des Gesundheitswesens anerkennenswert sind und von den Gestaltern und Leitern einer möglichen nächsten republikanischen Administration selbstverständlich nachträglich die Legitimation als unumgehbare Notwendigkeiten erhalten werden. Aber um den Wahlkampf zu gewinnen und die Macht wieder zu übernehmen, werden diese Ideen rhetorisch gesäubert, umgedeutet, neu erzählt, damit sie äußerlich mit konservativen Idealen übereinstimmen. Fairerweise muss man sagen, dass auch Elemente der progressiven Linken in Amerika eine ähnliche Haltung kompromissloser moralischer Richtigkeit an sich haben, wie sie die republikanische Partei heute an den Tag legt. So scheint das Land ideologisch in der Tat, wie Sie richtig bemerken, weiter auseinander zu treiben, während die meisten Menschen zur gleichen Zeit nach einem Washington rufen, das den politischen Partisanenkampf endlich überwindet und die Dinge „im Interesse des Landes“ geregelt bekommt. Es ist ganz richtig zu fragen, was eine derartig machiavellistische Politik oder vielleicht auch manichäische Phantasie, wie sie die heutigen Republikaner praktizieren, mit öffentlicher Vernunft und dem Wohl des Landes zu tun hat. Meines Erachtens nichts.

Benedikter: Wenn der Mythos vom amerikanischen Traum auf derart holzschnittartige Weise den US-Wahlkampf bestimmt: Müssen wir dann nicht einen Verlust an demokratischer Säkularisierung konstatieren?

Faessel: Die Säkularisationsdebatte erreicht nicht den Kern der Frage der heutigen ideologischen Polarisierung der amerikanischen Gesellschaft, denn diese geht weit hinaus über die stereotype Gegenüberstellung von politischer „Rationalität“ und irrationalen, letztlich religiös begründeten „Mythologien“. Die europäische „Mythophobie“ und vor allem die zentral-europäische Ablehnung jeder „Ideologie“ ist natürlich verständlich nach den Alpträumen, die sich während des 20. Jahrhunderts ereigneten. Bereits Ernst Cassirer steht in einer langen Geschichte aufklärerischen Misstrauens gegen Mythen, wenn er konfrontiert mit den Nazis sich gezwungen sieht, seine frühere mehr empathische Behandlung der symbolischen und mythischen Schichten des geistigen und kulturellen Lebens zu modifizieren. Ich denke dennoch, dass eine anspruchsvollere und differenziertere Haltung gegenüber dem „Mythischen“ in der gegenwärtigen westlichen – einschließlich europäischen – Gesellschaft gefordert ist, wenn man die gestaltenden Kräfte der heutigen Politik durchschauen will, und zwar nicht nur in den USA oder in den Gesellschaften, die von europäischer Geschichte und europäischen Institutionen geprägt sind, sondern in globaler Perspektive.

Benedikter: Das ist einleuchtend.

Faessel: Um Ihre Frage zu beantworten, würde ich argumentieren, dass es keine Politik, keine politische Mobilisierung ohne Bilder, ohne Imagination und ohne zwingende Erzählungen gibt. Jeder politischen Vision liegt explizit oder implizit ein Bild des Menschen zugrunde, der *conditio humana*, der gegenüber – ohne sinngebende Erzählungen – eine gähnende Leere kalten Raums herrschen würde und eine hartnäckige, unerbittliche, zu oft existen-

ziell bedrohte Natur sich sozial und politisch artikulieren würde, in welche die Menschen paradoxerweise zugleich eingebettet sind. Das war der Punkt zwischen Anthropologie, Gesellschaft und Politik, den beispielsweise Hans Blumenberg in seiner „Arbeit am Mythos“ behandelte, ein Punkt, der man sich in einer Zeit wachsender sozialer Bewusstheit über Krise, Bedrohungen und Unsicherheit zu Herzen nehmen sollte. Man mag Blumenbergs Grundansatz heute mit Gewinn Seite an Seite beispielweise mit Ulrich Becks Versuchen erneut durchgehen, um die gegenwärtige Situation des Mythos zu verstehen: Unsere sogenannte Rationalität, unsere wachsende Neigung, potenzielle oder wirkliche Gefahren in Politik, Wirtschaft und Technologie mit „social engineering“ zu managen, treibt uns als Gesellschaften weiter und weiter (und wieder) zu „großformatigen“, sinnstiftenden Geschichten. Diese sollen uns unter anderem erklären, warum trotz rationalen Managements die Dinge zuweilen schlechter zu gehen scheinen... Diesen Mechanismus der Sinnstiftung kann man häufig auch in traditionellen Religionen finden, wie Ihre Frage impliziert. Dennoch, alternative Spiritualität, die ein ganzheitlicheres, organisches Bild der menschlichen Beziehungen zu Lebensprozessen und zum Kosmos bietet, gibt vielen Menschen wertvolle (und sie nicht zuletzt sozial bestätigende) Erzählungen, die zwar sorgfältig von traditionellen Religionen geschieden sind, aber doch stark an mythische Bilder erinnern – selbst, wenn sie als zugrundeliegende soziale und politische Faktoren noch immer wenig erkannt werden.

Benedikter: Würden Sie also sagen, dass sich der Westen, und im Rahmen der Zuspitzung des gegenwärtigen Wahlkampfes

vor allem die USA in einem „Re-Mythologisierung“-Prozess befinden? Und wenn ja, wie genau und in welchem Ausmaß?

Faessel: Ich wäre eher geneigt, es eine Relegitimation einer Auswahl von alten (und einigen ein bisschen weniger alten) konservativen Bildern amerikanischer Identitätsphantasien durch die Konservativen zu nennen: Das Bild von der eigenständigen, in der Menschheitsgeschichte einmaligen Zivilisation, vom gesellschaftlichen Individualismus und einem „schwachen“ öffentlichen Gut. Die konservative Ideologie Amerikas verfügt über eine Anzahl kleinerer und eine Reihe umfangreicherer Erzählungen, die sie heute wieder voll ausschöpft, um im Wahlkampf zu bestehen. Unter den großen Erzählungen ist der „amerikanische Exzeptionalismus“, der akademische Name für eine besonders bedeutende Geschichte Amerikas, für die Idee, dass Amerika Gottes Werk selbst vollbringt, dass Amerika, von göttlicher Vorsehung geleitet, das „Licht der Welt“ ist. Das würde ich persönlich heute einen Grundmythos der USA nennen, tief verwurzelt in traditionellen religiösen (jüdisch-christlichen) Erzählungen. Daneben bestehen aber auch historisch neuere, eher säkulare Erzählungen: zum Beispiel diejenige vom „Manifest Destiny“, also die historische Notwendigkeit der räumlichen Ausbreitung Amerikas über den westlichen Teil des Kontinents sowie wachsender geo-strategischer Kontrolle über seine südlichen Grenzen hinaus.

Benedikter: Im US-Wahlkampf scheinen Mythologien und Politik derzeit viel stärker miteinander verbunden als in Europa. Kontextpolitische Faktoren spielen damit eine größere Rolle. Die politische Rhetorik aller Parteien und öffentlichen Figuren

ist mythologisch grundiert – auch die Barack Obamas, denken wir nur an sein Buch „Den amerikanischen Traum zurückgewinnen“. Ich kann mich aber nicht erinnern, eine derart buchstabenhörige Umsetzung von Mythologie in die Realpolitik erlebt zu haben, wie sie derzeit von den republikanischen Präsidentschaftskandidaten unter dem Druck der „Tea Party“ in die amerikanische Gesellschaft injiziert wird.

Faessel: Im Prinzip haben Sie Recht, vor allem für die Gegenwart. Historisch gesehen aber waren Mythos und Politik auch in Europa eng verflochten. Europa zeigt eine reiche Geschichte der Verwebung von Mythologie und Politik. Um nur von der Moderne zu sprechen: konservative christliche Parteien, kommunistische und sozialistische Parteien mit ihren impliziten utopischen Visionen, die stets an mythische Bilder und Metaphern erinnern. Und natürlich dann Faschismus und Nationalsozialismus mit ihrer absoluten und irrationalen Mythen-Hörigkeit, die noch dazu die Mythen verzerrte. Ich denke, es obliegt uns, uns darüber klar zu werden, was wir mit „Mythos“ in der politischen Diskussion der Gegenwart eigentlich meinen.

Benedikter: Richtig. Was also ist ein Mythos als soziales und politisches Narrativ?

Faessel: Mythen sind letztlich auf der einfachsten Ebene nichts anderes als Geschichten, die sich breiter, wenn nicht sogar universaler, Akzeptanz innerhalb einer bestimmten sozialen Gruppe erfreuen. Von entscheidender Bedeutung ist: Solche Geschichten mobilisieren die Imagination, und zwar nicht nur individuell, sondern sozial. Erinnern wir uns daran, dass auch der Diskurs der abendländischen Rationalität auf seine eigene Weise eine Geschichte erzählt, die in vielerlei Hinsicht zwingend ist und soziale Verhaltenswei-

sen formt, die – berühmt oder sogar berüchtigt – zu Wirkungen geführt haben, die fern von Rationalität, Humanität oder Logik waren. Einer der ersten Reflexe der Aufklärung (mit Wurzeln bei Plato), der endlich zu korrigieren ist, ist die Auffassung, der Mythos sei *de facto* etwas Irrationales. Um wiederum Blumenberg zu zitieren: der Mythos ist, weit eher als das Gegenteil des Logos (Cassirer) zu sein, seinerseits bereits eine Form des Logos. Er ist eine Antwort auf die sinnlose Leere, auf eine mitleidlose Welt des blinden Zufalls. Er ist ein Logos der Erzählung und – um mich zu wiederholen –, jede ausgearbeitete politische Position erscheint letztlich in dem einen oder anderen Bild des Menschen und des sozialen Lebens, nimmt eine Stellung in einer identitätsstiftenden Geschichte ein.

Benedikter: Kann man also die heutigen politischen Mythen als – auf ihre eigene Weise – rational bezeichnen?

Faessel: Nicht wirklich. Sie Mythen zu nennen bedeutet zunächst einmal, auf ihrem Ursprung in der Imagination zu bestehen, und – das gerade ist gerade das Herzstück eines zeitgemäßen Verständnisses von Mythen – zu bestehen auf ihrer Formbarkeit, ihrer Offenheit für Anpassung an neue Umstände, ihrer Stellung in einer Dialektik zwischen Verkündern und Zuhörerschaft, genauso wie auch auf ihrer sehr realen diskursiven Dimension, die darauf hinzielt, im Sinn einer expliziten oder impliziten Absicht zu überzeugen, zu präsentieren, zu reflektieren, was die realen Bedingungen sind. Die Frage der Rezeption von Mythen in der heutigen sozialen und politischen Diskussion ist der Ort härtester und fruchtbarster Arbeit an ihrer Dekonstruktion – und nicht indem wir sie mit alten Aufklärungsanklagen der

„Irrationalität“ schlecht machen, die selten und höchstens zeitweilig einen Eindruck im Grundgestein der volkstümlichen Imagination gemacht haben. Dabei müssen wir berücksichtigen: Wir sprechen hier von sedimentierten, kulturell bedeutsamen Erzählungen, nicht von kurzlebigen Erscheinungen, Stadtlegenden oder enger, auf Einzelthemen bezogene Propaganda.

Benedikter: Ja. Aber gerade die USA scheinen heute ein Land zu sein, in denen bei genauerer Betrachtung nicht nur ein Mythos, sondern eine Vielzahl von Mikromythen politisch wirksam sind. Diese beinhalten nicht nur die „großen“ Erzählungen, sondern auch die „Stadtlegenden“. Beide sind komplex ineinander verwoben. Zugleich scheint vielen Konservativen bereits die „größte“ dieser Erzählungen, der klassische „Amerikanische Traum“, zu modern und progressiv zu sein. Sie ziehen zum Teil alttestamentarische Muster vor – und versuchen, damit die Mythen der Moderne zu re-interpretieren.

Faessel: Ich zögere damit, das, was heute in Amerika vor sich geht, eine „Remythologisierung“ entlang alttestamentlicher Linien zu nennen. Es mag sein, dass einige Konservative skeptisch geworden sind gegenüber dem „großen“ Amerikanischen Traum eines Gesellschaftsvertrags, der auf weitgehender sozialer Freizügigkeit und auf einem funktionierendes Netz politischer Gerechtigkeit und Gleichheit basiert. Aber gewiss kann auch heute kein Politiker landesweite Prominenz erlangen, der diesen Traum offen diskreditiert. Soziale Durchlässigkeit ist das Grundgestein des amerikanischen „Versprechens“, und beachtliche argumentative Anstrengungen werden gemacht, um die Politik mittels Schlagworten und Bildern abzusichern, die direkt mit diesem Mythos verbunden sind.

Benedikter: Kommen wir zu den „Mikromythen“.

Faessel: Ein „Mikromythos“, der indirekt die gegenwärtige ideologische Polarisierung des Politischen in Amerika bestimmt, hängt mit der Vorstellung der rationalen, das Risiko streuenden Arbeit von Spekulanten zusammen. Er ist eine US-spezifische kapitalistische Variante (und ein Ableger) des Fortschrittsmythos. Es ist wichtig zu bemerken, dass die amerikanische Kulturgeschichte von den frühen Jahren der Kolonien bis in die Nähe des Endes des 19. Jahrhunderts von einem durchweg tiefen Misstrauen gegenüber der Finanzspekulation geprägt war. Die Finanzmärkte und ihr Personal wurden gleichgesetzt mit Glücksspiel und Spielern, was – besonders für protestantische Christen – per Definition eine lasterhafte Aktivität war, verbunden mit der Sünde der Ignoranz der göttlichen Vorsehung oder dem Versuch, sie zu manipulieren. Es ist eine historische Tatsache, dass konzertierte Öffentlichkeitsarbeit und gesetzgeberische Anstrengungen nötig waren – rhetorische Strategien und Kampagnen in bestimmten kritischen Momenten der Geschichte, als Antwort auf bestimmte soziale und politische Umstände –, um die Finanz- und Warenspekulation der Wall Street ideologisch nach und nach reinzuwaschen und ihre moralische Gleichsetzung mit Wetten und Glücksspiel schließlich am Beginn des 20. Jahrhunderts aufzulösen. Interessanterweise wurde diese Reinwaschung in der US-Geschichte aber immer wieder rückgängig gemacht nach dem Platzen spekulativer Blasen – so wie zuletzt derjenigen von 2007-2010. Aber wie immer in solchen Fällen eilen bestimmte kulturelle Kräfte, die man ruhig konservative, der Geschäftswelt dienende Kräfte nennen darf, den

Banken und Spekulanten zu Hilfe, um sie nicht nur ökonomisch und politisch, sondern auch in Bezug auf die Legitimation ihrer Geschichten zu retten. Doch sogar hier hängt der Erfolg dieser Rettungsaktion für einen „Mikromythos“ an der „starken“ Beschwörung einer bestimmten Facette des „großen“ Mythos vom Amerikanischen Traum.

Benedikter: Inwiefern?

Faessel: Die Rettung der Geschichte von der Nützlichkeit der Banken- und Finanzspekulation wird von den rechten Interessen paradoxerweise an die Geschichte vom „kleinen Mann“ geknüpft, der es durch harte Arbeit und das Glück des Tüchtigen (hier wie nirgendwo in der Welt) zum Gipfel von Wohlstand, Erfolg und Ansehen bringen kann. Es geht um die Erinnerung daran, dass manche solche „selfmade men“, die in kürzester Zeit vom Tellerwäscher zum Millionär aufsteigen, die Helden von Amerikas Fortschritt waren und seinen Aufstieg zur Weltmacht ermöglicht haben. Und das spekulative Banken- und Finanzsystem wird von Teilen der Rechten als institutioneller Ausdruck davon präsentiert. Sie wissen: Die Erzählung vom „kleinen Mann, der es schafft“, geht nicht nur sehr tief, sondern überschreitet auch politische Grenzlinien – ein Grund dafür, dass die Demokraten derzeit eine so schwere Zeit im Kampf um die Besetzung von Themen wie Wirtschaftsaufschwung, Freiheit, Steuererhöhungen für Reiche haben. Es ist sozusagen, diesem Mythos folgend, das „Recht“ jedes Amerikaners loszulegen, und die Republikaner tun so, also ob sie den Diskurs über den Schutz dieses Grundrechts gegenüber einer übermächtigen Regierung besetzen wollen, einen Diskurs, in dem die geschichtliche Erinnerung der Gründung

der USA gegen die britische Tyrannei während der späten Kolonialzeit und der revolutionären Periode am Ende des 18. Jahrhunderts seinen Widerhall findet.

Benedikter: Es scheint vielen Beobachtern in der Tat so, dass die mythologische Dimension im Präsidentschaftswahlkampf weitgehend in der Hand der Rechten ist. Das hat eine gewisse Verfahrens-Logik, weil das mehr als ein Jahr lang dauernde, öffentliche Kandidaten-Auswahlverfahren gegen Obama auf Seiten der Republikaner ist und sie damit die öffentliche Diskussion bestimmen können. Es hat aber auch eine Logik, wenn man bedenkt, dass Mythen an sich die Aufgabe haben, Verhältnisse zu bewahren, sie mit einer identitätsstiftenden Geschichte zu versehen und dadurch zu ordnen und zu stabilisieren, nicht sie zu verändern. Das würde bedeuten, dass Mythen, darunter die unausgesprochene Hintergrundannahme des „Amerikanischen Traums“ (das System ist gerecht, jeder kann alles erreichen, wenn er nur hart genug dafür arbeitet) und „der Stadt auf dem Hügel“ (die USA sind etwas ganz Besonderes in der Welt) an sich, ihrer eigenen Natur nach, im Kern konservativ sind. Wenn dem so wäre: Ist dann die Hoheit über Mythen, ihre diskursive Kontrolle, immer in natürlicher Weise in der Hand der Konservativen? Sie würden damit über eine ungemein wirksame Waffe verfügen. In anderen Worten: Wer beherrscht das mythologische Zentrum und Fundament der heutigen USA? Ist es nicht notgedrungen und unausweichlich die Rechte, weil „große“ politische und soziale Narrative immer schon ihrer Natur nach konservativ sind?

Faessel: Soweit es sich um die bevorstehende Präsidentschaftswahl handelt, würde ich feststellen, dass beide Parteien des

Landes versuchen, die „große“ Meta-Erzählung unter ihre Kontrolle zu bringen, dass damit aber insbesondere die politische Rechte bislang noch keinen wirklichen Erfolg bei der Mittelklasse hatte, weil heute eines der größten Themen eben der bedrohte Status der Mittelklasse ist. Die politische Debatte wird sehr direkt, vielleicht explizit, den Mythos des Amerikanischen Traums beschwören, der wie gesagt oberhalb und außerhalb der engen Parteiideologien steht und von dem beide Parteien beanspruchen werden, ihn am besten zu vertreten. Die Differenz besteht darin, wie jede Partei die moralischen, sozialen und ökonomischen Zentralwerte definiert, die dazu dienen, Amerikas Durchlässigkeit, Chancenreichtum und Freiheit aufrecht zu erhalten. Der Rest sind Details – und man sagt ja nicht zufällig, der Teufel stecke in den Details.

Benedikter: In der Tat.

Faessel: In einem weiteren Sinne könnte man sagen, dass Mythen aufgrund ihrer Natur tatsächlich dazu tendieren, „konservative“ Verwaltung zu begünstigen. Denn wie Sie richtig sagen, tendieren sie dazu, ihrem Publikum ein „Status quo“-Image einer universal „richtigen“ oder idealen sozial-kulturellen Existenz zu präsentieren. Ein Mythos konserviert dasjenige, was als zentraler Wert Anerkennung gefunden hat, was selbstverständlich ist und im Sinn einer kosmologischen Ordnung eine Garantie der Beziehung zwischen Weltbild, Historie und „richtiger“, wünschenswerter Zukunftsrichtung einer bestimmten Gruppe darstellt. Zur selben Zeit scheint es mir in der gegenwärtigen Situation, dass die Republikaner, die US-Konservativen gerade in Bezug auf die Meta-Erzählung des „Amerikanischen Traums“ heute vor einer unerhörten Herausforderung stehen.

Denn auch unter vielen Konservativen ist die Auffassung weit verbreitet, dass die ökonomischen Probleme mindestens der letzten fünf Jahre und die Bedrohung der Mittelklasse von reichen Bankern bzw. spekulativen Zirkeln ausgehen, die per Definition elitär sind und historisch auch von durchschnittlichen Konservativen oft mit Skepsis betrachtet wurden. Für die meisten Amerikaner, auch die konservativen, scheint es mittlerweile klar, dass ein überdimensionierter, unbeaufsichtigter, exzessive Risiken eingehender und insgesamt zu mächtiger Finanzsektor die Wurzel der gegenwärtigen ökonomischen Malaise des Landes ist, was der Mittelklasse einen schweren Schlag versetzt hat. Daher, so könnte man argumentieren, könnten die Demokraten (die links-progressive Partei Amerikas, soweit man dies mit europäischen Begriffen so sagen kann) die Oberhand gewinnen beim Thema der Bedrohung der Mittelklasse durch Macht- und Geldinteressen, die weitgehend als die Verantwortlichen für die schlimmsten wirtschaftlichen Zeiten seit der großen Depression der 1930er Jahre gesehen werden. Vergessen wir nicht, dass die Demokraten traditionell die Partei der arbeitenden Menschen, des Verbraucherschutzes usw. sind. Aber natürlich spielen hier die Medien eine ebenso bedeutende Rolle wie die Geschichte parteipolitischer Ideologien.

Benedikter: Sind aufgrund der parteipolitischen Polarisierung die USA, traditionell das Land mit der größten Beweglichkeit, Zukunftsorientierung und Mobilität, heute eine mittels Re-Mythologisierung gelähmte Gesellschaft? Francis Fukuyama hat vor kurzem (meines Erachtens zu Recht) konstatiert, die innere Lähmung des Landes liege nicht an den Institutionen, nicht im System von „check and balance“,

seiner Demokratieform oder der Regierung, sondern sei in der wachsenden inneren ideologischen Polarisierung der amerikanischen Gesellschaft begründet. Was sind die Implikationen und Perspektiven?

Faessel: Die ideologische Polarisierung, von der Fukuyama spricht, wird derzeit sicherlich von breiten Bevölkerungskreisen als extrem empfunden – und natürlich sind die Pole dieses Spektrums durch je spezifische, offenkundig differierende Erzählungen repräsentiert. Was neu sein mag, ist, wie Sie richtig ausführen, die Art und Weise, wie die Tea Party das Fuhrwerk der „Grand Old Party“ in Bewegung bringt und gnadenlos jeden Konservativen abstruft, der es wagt, nicht ihren extremen Anti-Steuer- und Anti-Regierungsforderungen anzuhängen. Es sind schwierige Zeiten für Gemäßigte in beiden Parteien, und infolgedessen ist der Kompromiss bis auf weiteres praktisch tot. In diesem Sinn ist der demokratische Gesetzgebungsprozess angeschlagen, und alle Meinungsumfragen im Land zeigen, wie angewidert die Bevölkerung von diesem Stand der Dinge ist. Natürlich sind an vorderster Stelle die Politiker auf dem Kongresshügel in Washington dafür verantwortlich. Es ist unklar, wie stark die meisten Konservativen das Abstimmungsverhalten ihrer gewählten Vertreter gutheißen, die en bloc mit dem Obstruktionsprogramm der Rechten stimmen, oder ob sie verstehen, dass eine von der Tea Party dominierte Republikanische Partei unausweichlich den politischen Infarkt bedeutet. Politische Strategen und hartgesottene Machiavelisten sowie die Wähler, die ihre Ansichten teilen, mögen die gegenwärtige Pattsituation als eine vorübergehende Phase in einem längerfristigen Prozess sehen, von

dem sie hoffen, dass er überall im Land eine Rechtstendenz bewirkt. Alles, was die „Grand Old Party“ im Rahmen dieser Strategie tun muss, ist darauf zu warten, den Anschluss zu suchen und bei künftigen Kongresswahlen eine stärkere Mehrheit zu gewinnen. Das mag die von der Hardcore-Rechten erstrebte „Endphase“ hin zur Machtübernahme sein. Bis dahin fürchte ich, dass der Systeminfarkt – Sie sprechen zu Recht von Lähmung – für eine längere Zeit die amerikanische Realität sein wird. Die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen werden die Stimmung im Land im Hinblick auf diese Verhältnisse in Zahlen ummünzen.

Benedikter: Wie ist es möglich, dass die Republikanische Partei heute aus zwei derart verschiedenen Gruppen zusammengesetzt ist: 1) den fundamentalistisch-christlichen Religiösen mit ihrem archaischen, ja anpassungssüchtig-hordenhaften Gemeinschafts- und Moralitätsanspruch auf der einen Seite und 2) den Ayn-Rand-orientierten Wirtschaftskreisen von Wall Street, Firmenchefs und Großeigentümern, die sich offen an radikalem Egoismus und Selbstsucht (selfishness) als Idealen orientieren, und im Gefolge von Adam Smith, David Ricardo und den frühen Wirtschaftsliberalen bis heute nur an das Eigeninteresse des Einzelnen als wundersame „unsichtbare Hand“ glauben, die angeblich alles von selbst regelt? Wie können derart moralisch und ideologisch entgegengesetzte Gruppen in einer einzigen, noch dazu so stark radikalisierten und deshalb instabilen Partei wie der gegenwärtigen Republikanischen Partei an einem Strang ziehen – gegen Obama, gegen den Staat, gegen Steuern, gegen das Gemeingut? Für ein europäisches Verständnis von religiöser Moralität und Wirtschaftsliberalismus

ist diese Mischung nur schwer nachvollziehbar.

Faessel: Aus einer europäischen Perspektive mag in der Tat die Vielfalt von Positionen *innerhalb* der zwei amerikanischen Parteien hervorstechen, weil die Legislative in Europa eine weit breitere Auswahl von Parteien reflektiert. In Amerika dominieren bis heute nur zwei Parteien, und dritte Parteien haben es schwer, zumindest in der nationalen Politik. Die „Grand Old Party“, also die Republikaner, versammeln heute religiöse Konservative – ein altehrwürdiges Herzstück populärer amerikanischer Gefühle – zugleich aber auch Business-Interessen, die als eigenständige Gruppierung ideologisch, das heißt im Hinblick auf die öffentliche Legitimierung ihrer Moralität, in den USA wahrscheinlich nicht überleben könnten. Klar ist, dass die „Grand Old Party“ heute tatsächlich eine Partei mit zwei Köpfen zu sein scheint. Der eine Kopf ist konzentriert auf religiöse und moralische Themen („social conservatives“); der andere auf einen mehr oder weniger offenen Wirtschafts- und Finanz-Lobbyismus: auf Laissez-Faire-Interessen („business conservatives“). Obwohl diese beiden Seiten der GOP sich nicht gegenseitig ausschließen und die Grenzen zwischen ihnen porös sind, ist es auch für mich immer wieder überraschend, dass die Partei diese Elemente überhaupt zusammenhalten kann. Nicht selten scheint diese Mischung aber auch lokal und regional zu scheitern, was in Europa meist übersehen wird.

Benedikter: Hat diese „Doppelköpfigkeit“ der Republikaner nicht bereits seit Reagans „konservativer Revolution“ Tradition, wozu er eben beide Köpfe brauchte, um sie durchsetzen zu können?

Faessel: In der Tat haben republikanische Präsidenten seit Reagan sich auf die Stimmen beider Flügel gestützt. Und seit Reagan waren, wenn die Republikaner an die Macht gelangten, die sozial Konservativen am Ende meist enttäuscht, fühlten sich benutzt. Ihre sozial-konservativen Visionen schienen ihnen von denen in ihrer Partei, von denen sie annahmen, sie würden ihnen Gesetzeskraft verleihen, unverwirklicht. Heute hat die jüngere Generation der „religiösen Rechten“, also jene Welle religiöser Politik, die von den 1980ern bis zu George W. Bush Juniors Präsidentschaft 2001-2009 so mächtig war, damit begonnen, den Sinn ihres Mitspielens im innerparteilichen Spiel zu überdenken – mit vielen jungen Pastoren von Großgemeinden, die sich und ihre Brüder offen von der Art der politischen Mobilisierung im Stil eines Jerry Falwell oder Pat Robertson distanziert haben, und stattdessen den Fokus zurückwenden auf die Kultivierung einer „inneren Dimension“, das heißt auf das Verhältnis zu Gott und seine sozialen und politischen Implikationen. Religiöse Konservative, die wählen, schlagen sich mittlerweile offen auf die Seite jener Faktion innerhalb der Republikaner, die die Sprache auf Gott, Vaterland und Familie bringt, statt dass sie die dämonisierten republikanischen Liberalen wählen, die aus ihrer Sicht für sexuelle Promiskuität sind, weichlich, verschwenderisch, für Abtreibung, für die Unterstützung von Wohlfahrts-Leistungen und eine schwache Stellung der Nation auf der internationalen Bühne.

Benedikter: Das ist die innerparteilich spaltende Wirkung der Tea Party auf die Republikanische Partei.

Faessel: In der Tat ist dies eine weitere Dimension des Tea-Party-Phänomens,

dessen Ursprünge in dem Aufstieg der religiösen Rechten seit der Reagan-Ära zu suchen sind: eine Art Bestrafungspolitik, von rechten Konservativen auf moderate Konservative gerichtet. Es ist letztlich ein verzweifelter Versuch, gewählte Politiker haftbar zu machen für die oftmals politisch opportunistischen Äußerungen, die sie bei ihren Kampagnen gemacht haben. Für religiöse Konservative, bei denen sich Druck gestaut hat, während die Schubkraft der Tea Party sich schon abschwächt, ist diese Art, Konservative nach so vielen Jahren frustrierter Hoffnungen an ihre konservativen Versprechen zu erinnern, unabdingbar. Das sogenannte republikanische Establishment mag mehr die im engeren Sinne Wirtschafts-fokussierten Elemente vertreten, und die Reste moderater Senatoren und Kongressabgeordneter sind weitgehend Überbleibsel dieser mittlerweile in den Hintergrund getretenen Seite der „Grand Old Party“. Diese republikanischen Elemente sind tief erschüttert von dem „Wir-machen-keine-Gefangenen“-Purismus, der sich in dem Tea-Party-Phänomen widerspiegelt. Alle warten auf den Ausgang der nächsten Wahlen, um zu sehen, ob die öffentliche Stimmung solches Zerotum als aktuelles Parteiparadigma aufrechterhält, oder – sollten die Republikaner verlieren – ob demgegenüber etwas über Obstruktion Hinausreichendes als Zukunftsstrategie der Grand Old Party sichtbar wird.

Benedikter: Würden Sie dem Standpunkt zustimmen, wie ihn manche amerikanische Progressive vertreten, dass die rechten Kreise der Republikaner es mangels Bildung und gutem Willen nicht besser wissen – und daher bis zu einem gewissen Grad nicht verantwortlich für die Blockade und Spaltung des Landes gemacht werden können?

Dagegen wissen jene hoch gebildeten, reichen und elitären Kreise der Großfinanz und der Unternehmen sowie Eisenhowers „militärisch-wirtschaftlicher Komplex“, einschließlich der Unterhaltungsindustrie, genau, was sie mit ihrem nur auf eigene Vorteile gerichteten Egoismus für das Land anrichten. Sie fahren aber aus Eigeninteresse damit fort, die „Steinzeit-Republikaner“ zu unterstützen, weil diese es ihnen möglich machen, keine Steuern zu zahlen und zugleich alle Privilegien zu genießen. Diese Schicht scheint manchen die eigentlich Verantwortliche für die derzeitigen Probleme des Landes.

Faessel: Das ist richtig.

Benedikter: In offenem Kontrast zur Verwahrlosung der Republikanischen Partei fällt der landesweite Aufstieg der bereits erwähnten „Occupy Wall Street“ Bewegung ins Auge, die für ein neues Bewusstsein der sozialen Ungleichheit in den USA sorgen will – und dabei offenbar bereits einiges erreicht hat. Die Dauerpräsenz dieser Protestbewegung, vor allem auch ihre ungerechte Behandlung durch eine im Gefolge der Terroranschläge des 11. September hochgradig militarisierte Polizei, hat den Mittelstand zum Nachdenken gebracht. Sie hat auch eine neue Mobilisierung der Studenten bewirkt, wie die Proteste im Universitätssystem gegen die Erhöhung von Studiengebühren und anderer öffentlicher Lasten für die Mittelklasse bei gleichzeitig ungebrochener Weiterführung der Privilegien der 1% reichsten Amerikaner zeigen. Welche Rolle für die heutige gesellschaftliche US-Konstellation zwischen rechts und links spielt die sogenannte „99%“-Bewegung – also jene zivilgesellschaftliche Plattform, die sich zusammen mit der „Occupy-Wall-Street“-Bewegung für größere soziale Gerechtig-

keit, die Berücksichtigung der Interessen des Mittelstandes und eine Reform des Bankensystems einsetzt?

Faessel: Obwohl es zu früh ist, die langfristigen Auswirkungen erstens der zumindest begonnenen Reformen des Bankensektors und zweitens der privaten Finanzierung politischer Kampagnen einschätzen zu können, scheinen die wichtigsten Beiträge der Occupy-Bewegung sich darum zu drehen, dass sie erfolgreich soziale Anliegen mediengerecht aufbereitet und inszeniert – und zwar zentriert auf die ökonomische Ungerechtigkeit, die die amerikanische Mittelklasse mittlerweile mit tiefer Sorge erfüllt. Zum Missfallen sowohl der Republikaner wie Demokraten in Washington ist es ihr gelungen, die Frage der 1% gegen die 99% auf die Agenda der kommenden Präsidentschaftswahlen zu setzen. Denn keine politische Partei oder Bewegung – und gewiss nicht die Tea-Party-Bewegung – ist in der Lage, dieses moralische Terrain ganz für sich allein zu beanspruchen. Offensichtlich werden nicht alle Teile der US-Gesellschaft diese Taktik „einiger Protestierender“ begeistert annehmen. Viele werden sich nur auf das Negative konzentrieren, darunter die vereinzelte Gewalt, wie sie im November in Oakland, Kalifornien, von einer kleineren, organisierten Gruppe provoziert wurde. Manche moderate Elemente der Bevölkerung schreiben die Occupy-Aktivisten sogar ganz als „radikalisierte“ Liberale oder „naive“ Studenten ab. Andererseits haben Bilder von friedlich untergehakt demonstrierenden Studenten, die von Polizisten grundlos mit Pfefferspray angegriffen werden, bei vielen Menschen Alarm und Sympathie ausgelöst, die sonst nicht so betroffen gewesen wären. Während die ereignisreiche Saison von zahllosen Occupy-

Veranstaltungen durch Polizeiaktionen und Winterwetter ins Stocken kam, haben die letzten Aktionen in Portland und Seattle und die fortgesetzte „Okkupation“ in Washington D.C. gezeigt, dass dies kein Strohfeuer ist. Die Proteststimmung hält an; und das Thema der Korruption des demokratischen Prozesses durch Privatkonzerne und dem Sektor der Großfinanz bleibt auf der Tagesordnung, was in den letzten Jahrzehnten so nicht der Fall war.

Benedikter: Durch die rasch wachsende soziale Ungleichheit scheint derzeit vor allem das System der US-Institutionen in einem Delegitimierungsprozess befindlich. Immer größere Teile der Bevölkerung sehen weniger die rechten Parteien und Bewegungen, als vielmehr den Staat und seine verschiedenen Organisationsformen verantwortlich für die Probleme des Landes.

Faessel: Die Logik dieses Spiels ist der Versuch der Rechten, eine radikale Delegitimierung öffentlicher Institutionen voranzutreiben, um sich selbst gegen sie zu profilieren. Die radikale Rechte ist offensichtlich taktisch willens, das Scheitern öffentlicher Institutionen in Kauf zu nehmen, um die Politik in ihre Richtung zu zwingen. Fraglich ist, ob dies nicht nur zu einer Schwächung der Polizei und der Sicherheitsdienste, sondern vor allem zur Zerstörung der gerade in der heutigen Situation dringend nötigen öffentlichen Sozialprogramme (besonders soziale Dienste und Wohlfahrt) führen würde, die man von republikanischer Seite her ideologisch bekämpft – um die nachfolgende Privatisierung dieser Dienste voranzutreiben, auf die wir als Gesellschaft nicht verzichten können.

Benedikter: Das wäre wiederum im Interesse der Reichen, die darin investieren können.

Faessel: Richtig. Die Logik scheint zu sein: Wenn also die Institutionen scheitern und man die Leute davon überzeugen kann, dass sich die amerikanische Gesellschaft viele dieser Programme im öffentlichen Interesse nicht mehr leisten kann, dann werden, so die Hoffnung der Rechten, die Menschen sich um das scharen, was wir „wirklich“ als Gesellschaft brauchen. Und sie werden also williger sein, rein „marktgesteuerte“ Lösungen dafür zu akzeptieren.

Benedikter: Aus meiner Sicht ist das eine rücksichtslose und unverantwortliche Strategie, die für das Land gefährlich ist, da die Menschen irgendwann herausfinden werden, dass sie an der Nase herumgeführt wurden im Interesse der Großfinanz – und dann darauf reagieren werden, und zwar nicht innerhalb, sondern außerhalb der Institutionen, auf der Straße. Meines Erachtens ist ganz im Gegensatz zu den republikanischen Strategien die wichtigste Einzelaufgabe der heutigen USA die Rückgewinnung und Stabilisierung der Mittelklasse, die traditionell aus dem amerikanischen Traum heraus lebt. Das Problem ist, dass die Mittelklasse immer schneller absteigt, während die Reichen immer schneller reich werden. Man hat den Eindruck, dass eine Geldoligarchie das Land beherrscht, und dass sich die Mittelklasse ihr gegenüber derzeit noch weitgehend gelähmt fühlt, wie das Kaninchen auf die Schlange starrt – mit starkem Gefahrenpotential für den sozialen Frieden, wenn die Proteste einmal im größeren Ausmaß ausbrechen sollten. Sind wir also, um einen Begriff des deutschen Soziologen Ulrich Beck aus den 1990er Jahren zu benutzen, unterwegs zu einer „Brasilianisierung“ der USA?

Faessel: Sie berühren hier einen wichtigen Punkt, den Sie – im Unterschied zu den meisten Ihrer europäischen Kollegen – sehr richtig als zentral erkennen. Sie haben Recht: Die Bewusstseinsbildung über die Existenz und korrumpierende politische Macht einer Geldoligarchie in Amerika ist der Hauptauslöser und die zentrale Botschaft der Occupy-Bewegung. Es ist gerade die Sorge über die reale Aussicht einer „brasilianisierten“ Zukunft der Ausbeutung der Vielen durch Wenige mit hoher Beschäftigungsunsicherheit und sozialer und ökonomischer Marginalisierung für diese Vielen, während die Wenigen eine hochsicherheitsbeschützte, aber vom Land abgekoppelte, global mobile Existenz genießen. Amerika war Zeuge des Aufstiegs und Falls „goldener“ Zeitalter in der Vergangenheit. Historisch gesehen führte ein weitverbreitetes öffentliches Missfallen (wenn auch noch immer begleitet von einer gewissen Faszination) gegenüber der Macht der Konzern- und Finanzoligarchie in Verbindung mit einem ökonomischen Abschwung in den USA immer zu Forderungen nach Reformen, die letztlich auch in die Politik eindringen. Wir scheinen derzeit wieder einen solchen Punkt erreicht zu haben. Die größte Frage scheint sich wiederum auf die Tiefe der öffentlichen Forderung zu fokussieren, in ausreichender Weise die politische Klasse von der Knechtschaft der Geldinteressen zu befreien, um dadurch die Umkehr zu Bedingungen zu ermöglichen, die ein neues Aufblühen – oder wenigstens eine spürbare Rückkehr – des „Amerikanischen Traums“ für ein möglichst breites Bevölkerungsspektrum ermöglichen würden. Diese Frage hat auch damit zu tun, ob die amerikanische Ökonomie die strukturelle Fähigkeit wiedergewinnt, sozialer Mobilität und

finanzieller Stabilität dienliche Bedingungen zu schaffen, welche nötig sind, den „Amerikanischen Traum“ nach unten abzusichern. Darüber sind Zweifel heute angebracht. Denn in den letzten Jahrzehnten scheinen spekulative Verhaltenskulturen und eine falsch verstandene Mobilität, die auf exzessiven kreditbasierten Konsum gestützt war, zur Illusion einer Mittelklassen-Sicherheit geführt zu haben, die eine Illusion blieb, und sich heute auch zunehmend als solche herausstellt.

Benedikter: Wohin werden sich die USA im Wahlkampfjahr 2012 insgesamt bewegen – und was kommt danach?

Faessel: Vieles hängt davon ab, was mit der US-Ökonomie und ihrem Einfluss auf das Beschäftigungsniveau passiert. Sollte der Aufschwung Wurzeln schlagen und die Amerikaner Jobs und neue Aufstiegsmöglichkeiten in Aussicht haben, dann hat Obama eine sehr gute Chance auf Wiederwahl, besonders wegen der schwachen Reputation der Riege der republikanischen Präsidentschaftsbewerber. Aber ein Sieg Obamas – der auch ein Dämpfer gegenüber den starken Gewinnen der Tea Party bei den letzten Zwischenwahlen sein könnte – wird wohl keinen durchgreifenden Einfluss auf die extreme Polarisierung des US-Gesellschaft haben. Daher ist auch in diesem Fall mit einer Fortsetzung der Krise der politischen Kultur und der Gesetzgebungsprozesse zu rechnen. Denn der US-Kongress bleibt wahrscheinlich in der Hand einer Republikaner-Majorität, und zwar auch im Fall einer Schwächung der innerparteilichen Dominanz der Tea Party-Abgeordneten.

Benedikter: Zuguterletzt: Was kann Europa zu einer positiven Entwicklung beitragen? Nachdem Barack Obama als erster US-Präsident den klaren Akzent nicht

mehr auf den Atlantik, sondern auf die pazifische Region legt und – ebenso wie führende liberale Analytiker wie Fareed Zakaria – dort die Zukunft der USA im 21. Jahrhundert entschieden sieht, scheint Europa heute weiter denn je weg. Was geschieht mit der „europäischen“ Grundlage der USA? Schließlich wurde die US-Demokratie von Europäern begründet und erwächst institutionell auf der Grundlage eines europäischen Denkens. Konservative Beobachter – wie bereits vor Jahren symptomatisch Samuel P. Huntington – fürchten einen Identitätsverlust, eine Entdemokratisierung und eine systemische „Asiatisierung“, also ein noch stärkeres Driften in Familien- und Gruppeneinflüsse.

Faessel: Aus der Sicht des amerikanischen Establishments steht Europa nach wie vor für eine bestimmte Kontinuität auf der Ebene von Werten, Kultur und institutionellem Erbe des amerikanischen Mainstreams. Ich zweifle daher an der Möglichkeit eines Bruchs dieser Verbindung, von welcher der beiden Parteien Amerikas auch immer. Aber wie Sie zu Recht sagen, kann man nicht leugnen, dass Amerikaner nicht länger so mit Europa mitgehen, wie es sich zu Zeiten der großen Katastrophen der 1930er und 1940er Jahre und im folgenden Kalten Krieg bewährt hat, der ja offensichtlich weitgehend, wenn nicht ausschließlich Europa-zentriert war. Jetzt beginnt Amerika in der Tat stärker nach Westen über den Pazifik zu blicken – sowohl im Hinblick auf ökonomische Möglichkeiten als auf die kommende Supermacht-Rivalität mit China. Im Zeitalter globalisierter Bedrohungen und angesichts von Migrationsdruck, Bewegungen für Basisdemokratie, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit in Asien wird Amerika meines Erachtens sicherlich eine Haltung

einnehmen, die in Kontinuität mit seinen europäischen Partnern steht, auch wenn die Meinungsverschiedenheiten vielleicht schärfer werden und die europäische „Alternative“ zu einer von Amerika dominierten globalen Konstellation weniger leicht außer Kraft gesetzt werden kann, als es beispielsweise während der Jahre von George W. Bush Junior der Fall war. Man sieht den Trend zu einer machtpolitischen Ausbalancierung zwischen Amerika und Europa letztlich schon seit dem Ende der Bush-Ära, weil Amerika in gewissem Grade beschämt dasteht durch das Schauspiel seiner letzten militärischen Experimente, durch die Diskreditierung des Neoliberalismus und der Finanzspekulation, aber auch durch Amerikas langanhaltende Unterstützung der Diktatoren des Mittleren Ostens gegen die demokratischen Bestrebungen ihrer Bevölkerungen. Hier ändert sich derzeit vieles auch in der Balance zwischen den USA und Europa.

Die Autoren

Victor Faessel ist Programmdirektor des Orfalea Zentrums für Globale und Internationale Studien der Universität von Kalifornien in Santa Barbara, Generalsekretär des Weltkonsortiums für Globale Studien und Mitherausgeber der 4-bändigen SAGE-Enzyklopädie für Globale Studien. Seine Spezialisierung ist der Überschneidungspunkt zwischen Politik, Ideologie und Mythologie in der gegenwärtigen US-Gesellschaft mit Blick auf die globale Entwicklung.

Roland Benedikter ist Europäischer Stiftungsprofessor für Politische Soziologie und Kultursoziologie am Europa-Zentrum der Stanford Universität und am

Zentrum für Globale und Internationale Studien der Universität von Kalifornien in Santa Barbara. Seine Spezialisierung ist kontextuelle Politikanalyse und inter- und transdisziplinäre Kulturanalyse.